

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 938

[C — 2004/33002]

20 NOVEMBER 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap houdende erkenning van opleidingen krachtens artikel 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht 5321/EX/V/B/II

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht, inzonderheid op artikel 2;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, gewijzigd bij de decreten van 20 mei 1997 en 26 juni 1998;

Gelet op het besluit van de Executieve van 16 maart 1992 houdende inrichting van een Commissie in toepassing van artikel 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht;

Gelet op het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 7 september 2000 houdende benoeming van de leden van de commissie ingericht overeenkomstig artikel 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht;

Gelet op de gunstige adviezen van de door het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 7 september 2000 geïnstalleerde commissie, gegeven op 28 juni 2002, 26 juli 2002 en 24 februari 2003;

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,

Besluit :

Artikel 1. De volgende opleidingsprogramma's, die door het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s aan de leerlingen worden aangeboden, voldoen aan de voorwaarden inzake deeltijdse leerplicht in toepassing van artikel 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht :

- mediadesigner (P06/2002)
- beroepschauffeur (G21/2002)
- algemene kennis.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 3. De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 20 november 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,
B. GENTGES

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 939

[C — 2004/33013]

20 NOVEMBER 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Haushaltsführung, die Finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft"

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der am 17. Juli 1991 koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen, insbesondere Artikel 140;

Aufgrund des Programmdekretes vom 7. Januar 2002, insbesondere Artikel 24 und 25;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 13. November 2003;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 18. November 2003;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1 ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

Aufgrund der Tatsache, dass wegen der Anmerkungen der Finanzinspektion und des Rechnungshofes bezüglich der Buchhaltung der Dienste mit getrennter Geschäftsführung die entsprechenden Regeln für die Dienststelle "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" unverzüglich angepasst werden müssen, wie schon für die Dienststelle "Gemeinschaftszentren" geschehen, um eine reibungslose Konsolidierung des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewährleisten;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I. — *Allgemeine Bestimmungen*

Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegender Erlass regelt die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

Vorbehaltlich abweichender Bestimmungen im vorliegenden Erlass, ist Titel II der am 17. Juli 1991 koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen auf die Dienststelle anwendbar.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter :

- die Dienststelle : die Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft";
- der Minister : der für die Medien zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- das Ministerium : das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Auszahlungsvollmacht

Art. 3 - Die Leitung der Dienststelle wird als Auszahlungsbevollmächtigter bezeichnet;
Tätigkeitsbericht

Art. 4 - Die Dienststelle erstellt jährlich einen Tätigkeitsbericht gemäß den Anweisungen des Ministers.

KAPITEL II. — *Haushaltsvorschriften*

Haushalt

Art. 5 - Die Dienststelle erstellt jährlich einen Entwurf des Haushalts sämtlicher Einnahmen und Ausgaben gemäß den Anweisungen des für Finanzen zuständigen Ministers.

Die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben werden auf Zuweisungen verteilt, die nach der wirtschaftlichen Klassifizierung gegliedert sind.

Die Dienststelle übermittelt dem für Finanzen zuständigen Minister den Haushalt sowie jegliche Änderungen zu den vom ihm festgelegten Daten.

Einnahmen der Dienststelle

Art. 6 - Unter Einnahmen versteht man sämtliche im Laufe eines Haushaltsjahres festgestellten Rechte, Dotationen und Zuschüsse.

Die Einnahmen umfassen :

1. sämtliche Einnahmen in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Dienststelle;
2. Zinserträge der angelegten Guthaben;
3. Zuschüsse und Dotationen;
4. Schenkungen und Legate;
5. Finanzmittel aus Anleihen.

Anleihen können nur mit dem Einverständnis des Ministers und des für die Finanzen zuständigen Ministers getätigt werden.

Ausgaben der Dienststelle

Art. 7 - Die Ausgaben umfassen :

1. sämtliche Ausgaben jeglicher Art in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Dienststelle;
2. Zinsen und Bankkosten;
3. Miet- und Leasingkosten;
4. Investitionen.

Die Ausgaben dürfen die Gesamtheit der Einnahmen und des kumulierten Haushaltsergebnisses nicht überschreiten.

Jahresabschluss

Art. 8 - Am Ende eines jeden Jahres erstellt die Dienststelle eine Rechnungslegung, die die Kassenbewegungen, die Ausführung des Haushalts und die Vermögenswerte sowie eine Ergebnisrechnung und eine Bilanz beinhaltet.

Die Dienststelle übermittelt dem für Finanzen zuständigen Minister diese Unterlagen bis zum 31. März des folgenden Jahres. Dieser übermittelt die Unterlagen dem Rechnungshof bis spätestens den 30. April.

Rechnungslegung

Art. 9 - Die in Artikel 8 erwähnte Rechnungslegung wird der Allgemeinen Rechnungslegung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt.

Ende des Rechnungsjahres

Art. 10 - Das am Ende des Jahres verfügbare kumulierte Haushaltsergebnis darf ab Beginn des folgenden Jahres verwendet werden.

Sollte der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu Beginn des Haushaltsjahres nicht verabschiedet sein, so dürfen bis zur Verabschiedung des Haushaltes nur die Ausgaben getätigt werden, die im Haushalt des Vorjahres vorgesehen waren.

Verantwortlicher Rechnungsbeamte

Art. 11 - Der vom Minister bezeichnete und vor dem Rechnungshof verantwortliche Rechnungsbeamte der Dienststelle ist beauftragt mit :

1. der Handhabung und der Aufbewahrung der Geldmittel und Sachwerte;
2. der Aufstellung und Aufbewahrung der in Artikel 8 erwähnten Dokumente;
3. der Buchführung über die Vermögenswerte;
4. der jährlichen Aufstellung eines Vermögensinventars.

Kassenführung

Art. 12 - Eine Kassenführung ist erlaubt. Das Bargeldguthaben darf nach Einzahlung der Tageseinnahmen auf das Bankkonto der Dienststelle den Betrag von 2.500 Euro nicht überschreiten.

Tätigung der Ausgaben

Art. 13 - Die Ausgaben werden direkt von der Dienststelle ohne Sichtvermerk des Rechnungshofes getätigt.

Kontrolle

Art. 14 - Das Schatzamt des Ministeriums kontrolliert die Eintragungen aller Buchungsvorgänge, die zur in Artikel 8 erwähnten Rechnungslegung beitragen.

Der Rechnungshof kann eine Kontrolle vor Ort vornehmen. Der Rechnungshof kann sich jederzeit sämtliche Belege, Ansätze, Auskünfte oder Erläuterungen über die Einnahmen, Ausgaben, Vermögenswerte und Schulden geben lassen.

KAPITEL III. — *Beiräte*

Aufgaben des Beirates

Art. 15 - Der Beirat hat folgende Aufgaben :

1. Beratung der Leitung der Dienststelle;
2. Beratung der Regierung bei allen Fragen, die die Dienststelle betreffen;
3. eine Stellungnahme zum Tätigkeitsbericht und zur Rechnungslegung abgeben.

Zusammensetzung des Beirates

Art. 16 - Der Beirat setzt sich wie folgt zusammen :

- die Minister oder ihre Vertreter;
- ein Vertreter jeder im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertretenen Fraktion;
- zwei Vertreter des Beirates für öffentliche Bibliotheken;
- ein Vertreter der Abteilung Kulturelle Angelegenheiten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- ein Vertreter der Abteilung Unterrichtswesen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- je einen Vertreter der Nutzer des Medienzentrums in den Bereichen Bibliothek, Mediathek und Animation. Die Regierung bezeichnet diese Vertreter aus den Kandidaten, die durch öffentlichen Aufruf ermittelt wurden.

Dauer des Mandats

Art. 17 - Die Mitglieder des Beirates werden für die Dauer der Legislaturperiode des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichnet. Sie bleiben im Amt bis ihre Nachfolger bestimmt sind.

Funktionsweise des Beirates

Art. 18 - Der Minister oder sein Vertreter führt den Vorsitz des Beirates. Die Leitung der Dienststelle wohnt den Sitzungen des Beirates bei und führt das Protokoll.

Der Beirat gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung.

Die Mitglieder des Beirates erhalten zu Lasten des Haushaltes der Dienststelle Anwesenheitsgelder und Fahrtkostenentschädigungen in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL IV. — *Schlussbestimmungen*

Aufhebende Bestimmung

Art. 19 - Der Erlass der Regierung vom 1. März 2002 über die finanzielle Verwaltung und die Rechnungsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum" ist aufgehoben.

Inkrafttreten

Art. 20 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

Ausführung

Art. 21 - Die Minister zuständig für die Medien und für Finanzen sind, jeder in seinem Bereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eugen, den 20. November 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 939

[C — 2004/33013]

20 NOVEMBRE 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à la gestion budgétaire financière et comptable ainsi qu'à la direction du "Centre des médias de la Communauté germanophone", service à gestion autonome

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu les lois sur la comptabilité de l'Etat, coordonnées le 17 juillet 1991, notamment l'article 140;

Vu le décret-programme du 7 janvier 2002, notamment les articles 24 et 25;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 13 novembre 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 18 novembre 2003;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que, en raison des remarques formulées par l'Inspection des Finances et la Cour des comptes quant à la comptabilité des services à gestion autonome, les règles en la matière doivent sans délai être adaptées pour le service "Centre des médias de la Communauté germanophone", comme ce fut déjà le cas pour le service "Centres communautaires", afin de permettre une consolidation sans faille du budget de la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Le présent arrêté règle la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi que la direction du service à gestion autonome "Centre des médias de la Communauté germanophone".

Sauf dispositions dérogatoires du présent arrêté, les dispositions du titre II des lois sur la comptabilité de l'Etat, coordonnées le 17 juillet 1991, sont applicables au service.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

- le service : le service à gestion autonome "Centre des médias de la Communauté germanophone";
- le Ministre : le ministre de la Communauté germanophone compétent en matière de Médias,
- le Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone.

Mandat de paiement

Art. 3. Le Directeur du service est désigné ordonnateur.

Rapport d'activités

Art. 4. Chaque année, le service établit un rapport d'activités selon les instructions du Ministre.

CHAPITRE II. — *Prescriptions budgétaires*

Budget

Art. 5. Le service établit annuellement un projet de budget reprenant l'ensemble des recettes et dépenses conformément aux instructions du Ministre compétent en matière de Finances.

Les recettes et dépenses prévues sont ventilées en allocations de bases conformément à la classification économique.

Le service transmet le budget ainsi que toutes les modifications au Ministre compétent en matière de Finances aux dates fixées par lui.

Recettes du service

Art. 6. Par recettes, l'on entend tous les droits constatés en cours d'exercice budgétaire, les dotations et subsides.

Les recettes comprennent :

- 1° toutes les recettes provenant des activités du service;
- 2° les intérêts produits par les avoirs placés;
- 3° les subsides et dotations;
- 4° les dons et legs;
- 5° les moyens financiers provenant d'emprunts.

Des emprunts ne peuvent être contractés que moyennant l'accord du Ministre et du Ministre compétent en matière de Finances.

Dépenses du service

Art. 7. Les dépenses comprennent :

- 1° toutes les dépenses généralement quelconques découlant des activités du service;
- 2° les intérêts et frais bancaires;
- 3° les frais locatifs et de leasing;
- 4° les investissements.

Les dépenses ne peuvent dépasser l'ensemble des recettes et du résultat budgétaire cumulé.

Comptes annuels

Art. 8. A la fin de chaque année, le service dresse un compte des opérations de caisse, un compte d'exécution du budget et un compte des avoirs ainsi qu'un compte de résultats et un bilan.

Le service transmet ces documents au Ministre compétent en matière de Finances pour le 31 mars de l'année suivante. Celui-ci les transmet à la Cour des comptes pour le 30 avril au plus tard.

Reddition des Comptes

Art. 9. Le compte d'exécution du budget mentionné à l'article 8 est annexé au compte général de la Communauté germanophone.

Fin d'exercice

Art. 10. Le résultat budgétaire cumulé disponible en fin d'année peut être utilisé dès le début de l'année suivante.

Si le budget de la Communauté germanophone n'est pas voté avant le début de l'année budgétaire en question, seules les dépenses prévues au budget précédent peuvent être effectuées jusqu'au vote dudit budget.

Agent comptable responsable

Art. 11. L'agent comptable du service, désigné par le Ministre et responsable devant la Cour des comptes, est chargé :

- 1° de l'utilisation et de la conservation des fonds et des valeurs corporelles;
- 2° de l'établissement et de la conservation des documents visés à l'article 8;
- 3° de la gestion des avoirs;
- 4° de l'établissement annuel d'un inventaire du patrimoine.

Tenue d'une caisse

Art. 12. La tenue d'une caisse est autorisée. Les liquidités ne peuvent dépasser le montant de € 2.500 après versement des recettes journalières sur le compte bancaire du service.

Dépenses

Art. 13. Les dépenses sont effectuées directement par le service, sans visa de la Cour des comptes.

Contrôle

Art. 14. Le contrôle des inscriptions constatant toutes les opérations contribuant à la reddition des comptes visée à l'article 8 est opéré par la Trésorerie du Ministère.

La Cour des comptes peut procéder à un contrôle sur place. Elle peut se faire remettre en tout temps tous les justificatifs, estimations, renseignements ou explications sur les recettes, dépenses, avoirs ou dettes.

CHAPITRE III. — Conseil consultatif

Missions du conseil consultatif

Art. 15. Les missions du conseil consultatif consistent à :

- 1° conseiller la direction du service;
- 2° conseiller le Gouvernement en toute question concernant le service;
- 3° rendre un avis à propos du rapport d'activités et de la reddition des comptes.

Compositions du conseil consultatif

Art. 16. Le conseil consultatif est composé :

- des ministres ou de leurs délégués;
- d'un représentant par groupe politique du Conseil de la Communauté germanophone;
- de deux représentants du conseil consultatif pour les bibliothèques publiques;
- d'un représentant de la Division "Affaires culturelles" du Ministère de la Communauté germanophone;
- d'un représentant de la Division "Enseignement" du Ministère de la Communauté germanophone;
- de représentants des utilisateurs du Centre des médias, un pour le secteur : "bibliothèques", un pour le secteur "médiathèque" et un pour le secteur "animation". Le Gouvernement désigne ces représentants parmi les candidats ayant répondu à un appel public aux candidats.

Durée du mandat

Art. 17. Les membres du conseil consultatif sont désignés pour la durée de la législature du Conseil de la Communauté germanophone. Ils restent en fonction jusqu'à ce que leurs successeurs soient désignés.

Fonctionnement du conseil consultatif

Art. 18. La présidence du conseil consultatif est assurée par le Ministre ou son délégué. Le directeur du service assiste aux séances du conseil consultatif et rédige les procès-verbaux.

Le conseil consultatif se dote d'un règlement d'ordre intérieur, lequel doit être approuvé par le Gouvernement.

Les membres du conseil consultatif perçoivent, à charge du budget du service, des jetons de présence et indemnités de déplacement en application de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

CHAPITRE IV. — *Dispositions finales*

Disposition abrogatoire

Art. 19. L'arrêté du Gouvernement du 1^{er} mars 2002 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable du centre des médias, service à gestion autonome, est abrogé.

Entrée en vigueur

Art. 20. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2004.

Exécution

Art. 21. Le Ministre compétent en matière de Médias et le Ministre compétent en matière de Finances sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 20 novembre 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 939

[C — 2004/33013]

20 NOVEMBER 2003. — **Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van het "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap", dienst met autonoom beheer**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wetten op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd op 17 juli 1991, inzonderheid op artikel 140;

Gelet op het programmadecreet van 7 januari 2002, inzonderheid op de artikelen 24 en 25;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 13 november 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 18 november 2003;

Gelet op de wetten op de Raad vane State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervanger hij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat, wegens de opmerkingen van de Inspectie van Financiën en van het Rekenhof betreffende de boekhouding van de diensten met autonoom beheer, de dienovereenkomstige regels voor de dienst "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap" onverwijld moeten worden aangepast, zoals het reeds het geval is voor de dienst "Gemeenschapscentra", om een probleemloze consolidatie van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap te waarborgen;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Toepassingsgebied

Artikel 1. Voorliggend besluit regelt het budgettair, financieel en boekhoudkundig bestuur alsmede de leiding van het "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap", dienst met autonoom beheer.

Behoudens afwijkende bepalingen van voorliggend besluit zijn de bepalingen van titel II van de wetten op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd op 17 juli 1991, van toepassing op deze dienst.

Definities

Art. 2. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

- de dienst : de dienst met autonoom beheer "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap";
- de Minister : de minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Media;
- het Ministerie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Bevelschrift tot betaling

Art. 3. De directeur van de dienst wordt als ordonnateur aangewezen.

Activiteitenverslag

Art. 4. De dienst maakt jaarlijks een activiteitenverslag op overeenkomstig de aanwijzingen van de Minister.

HOOFDSTUK II. — *Budgettaire voorschriften*

Begroting

Art. 5. De dienst maakt jaarlijks een begrotingsontwerp met alle ontvangsten en uitgaven op overeenkomstig de aanwijzingen van de Minister bevoegd inzake Financiën. De voorziene ontvangsten en uitgaven worden volgens de economische classificatie in basisallocaties opgesplitst.

De begroting alsmede elke wijziging worden door de dienst aan de Minister bevoegd inzake Financiën op de door hem vastgelegde datums gezonden.

Ontvangsten van de dienst

Art. 6. Onder "ontvangsten" verstaat men alle in de loop van het begrotingsjaar vastgestelde rechten, dotaties en subsidies.

De ontvangsten omvatten :

- 1° alle ontvangsten voortvloeiend uit de activiteiten van de dienst;
- 2° de opbrengst in rente van het belegde tegoed;
- 3° subsidies en dotaties;
- 4° schenkingen en legaten;
- 5° financiële middelen uit leningen.

Leningen kunnen slechts niet toestemming van de Minister en valt de Minister bevoegd inzake Financiën aangegaan worden.

Uitgaven van de dienst

Art. 7. De uitgaven omvatten :

- 1° alle allerhande uitgaven voortvloeiend uit de activiteiten van de dienst;
- 2° de interesten en bankkosten;
- 3° de huurkosten en leasingkosten;
- 4° de investeringen.

De uitgaven mogen het totaal van de ontvangstelf en van het gecumuleerd begrotingsresultaat niet overschrijden.

Jaarrekening

Art. 8. Op het einde van elk jaar maakt de dienst een rekening over de kasverrichtingen, een rekening van uitvoering van de begroting en een rekening over de bezittingen, alsmede een resultatenrekening en een balans op.

De dienst zendt deze documenten aan de Minister bevoegd inzake Financiën vóór 31 maart van het volgend jaar. De Minister zendt ze ten laatste op 30 april aan het Rekenhof.

Rekening en verantwoording

Art. 9. De rekening van uitvoering van de begroting bedoeld in artikel 8 wordt bij de algemene begroting van de Duitstalige Gemeenschap gevoegd.

Einde van het boekjaar

Art. 10. Het op het einde van het jaar beschikbaar gecumuleerd begrotingsresultaat mag vanaf het begin van het volgende jaar gebruikt worden.

Wordt de begroting van de Duitstalige Gemeenschap niet vóór het begin van het bedoelde begrotingsjaar goedgekeurd, dan mogen tot de goedkeuring van de begroting slechts de verrichtingen uitgevoerd worden die in de voorafgaande begroting goedgekeurd waren.

Rekenplichtige

Art. 11. De door de Minister aangewezen en vóór het Rekenhof verantwoordelijke rekenplichtige van de dienst is belast met :

- 1° de aanwending en de bewaring van de geldmiddelen en van het goederenkapitaal;
- 2° de opmaking en de bewaring van de documenten bedoeld in artikel 8;
- 3° de boekhouding van de bezittingen;
- 4° de jaarlijkse opmaking van een "vermogensinventaris".

Kassa

Art. 12. Het houden van een kassa is toegelaten. Na het storten van de dagelijkse ontvangsten op de bankrekening van de dienst moten de liquiditeiten het bedrag van € 2.500 niet overschrijden.

Uitgaven

Art. 13. De uitgaven worden rechtstreeks, zonder visum van het Rekenhof, door de Dienst verricht.

Controle

Art. 14. De inschrijvingen tot vaststelling van alle boekhoudkundige bewerkingen die tot de rekening van uitvoering van de begroting bedoeld in artikel 8 bijdragen, worden door de Thesaurie van het Ministerie gecontroleerd.

Het Rekenhof kan een controle ter plaatse uitvoeren. Het kan zich te allen tijde alle bewijsstukken, ramingen, inlichtingen en uitleggingen over de ontvangsten; uitgaven, bezittingen en schulden laten verschaffen.

HOOFDSTUK III. — *Adviesraad*

Opdrachten van de adviesraad

Art. 15. De adviesraad heeft als opdracht :

- 1° de leiding van het Centrum te adviseren;
- 2° de Regering over elk vraagstuk m.b.t. het Centrum te adviseren;
- 3° een advies uit te brengen over het activiteitenverslag en de rekening en verantwoording.

Samenstelling van de adviesraad

Art. 16. De adviesraad is samengesteld uit :

- 1° de ministers of hun afgevaardigden;
- 2° één vertegenwoordiger per fractie van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

3° twee vertegenwoordigers van de adviesraad voor de openbare bibliotheken;

4° één vertegenwoordiger van de Afdeling "Culturele Aangelegenheden" van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

5° één vertegenwoordiger van de Afdeling "Onderwijs" van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

6° vertegenwoordigers van de gebruikers van het Mediacentrum, één voor de sector Bibliotheken, één voor de sector Mediatheken en één voor de sector Animatie. De Regering wijst deze vertegenwoordigers aan onder de kandidaten die aan de openbare oproep gevolg hebben gegeven.

Duur van het mandaat

Art. 17. De leden van de adviesraad worden voor de duur van de zittingsperiode van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen. Zij blijven hun ambt uitoefenen totdat hun navolgers aangewezen worden.

Werkwijze van de adviesraad

Art. 18. Het voorzitterschap van de adviesraad wordt door de Minister waargenomen. De directeur van de dienst woont de zittingen van de adviesraad bij en stelt de procesverbalen op.

De adviesraad stelt zijn huishoudelijk reglement op dat door de Regering goedgekeurd wordt.

De leden van de adviesraad hebben ten laste van de begroting van de dienst recht op presentiegeld en op reiskostenvergoeding overeenkomstig het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

Opheffingsbepaling

Art. 19. Het besluit van de Regering van 1 maart 2002 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer van het mediacentrum, dienst met autonoom beheer, wordt opgeheven.

Inwerkingtreding

Art. 20. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2004.

Uitvoering

Art. 21. De Minister bevoegd inzake Media en de Minister bevoegd inzake Financiën zijn, ieder wat heen betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 november 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 940

[C — 2004/33009]

20. DEZEMBER 2003 — *Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Organisation der Haushaltskontrolle*

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 60*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 über die Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen, insbesondere Artikel 51;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über die Staatsbuchhaltung vom 17. Juli 1991;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 28. April 1998 zur Organisation des Interföderalen Korps der Finanzinspektion;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 23. April 2003;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 22. April 2003;

Aufgrund der Beratung der Regierung vom 24. April 2003 über die Anfrage eines Gutachtens des Staatsrates innerhalb einer Frist von einem Monat;

Aufgrund des Gutachtens 35.691/1/V des Staatsrates, das am 7. August 2003 in Anwendung von Artikel 84 Abs. 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Grundsatz

Artikel 1 - Die Haushaltskontrolle obliegt der Regierung und dem für den Haushalt zuständigen Minister, nachfolgend "Haushaltsminister" genannt. Sie werden von der Finanzinspektion unterstützt.

Die Haushaltskontrolle bezieht sich auf die Entscheidungsvorlagen der Regierung und ihrer Minister sowie auf die Dienste der allgemeinen Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die allgemeine Haushaltspolitik

Art. 2 - Die Regierung trifft die notwendigen Maßnahmen in Bezug auf die Vorbereitung und Ausführung des Haushalts im Rahmen der von ihr festgelegten Haushaltspolitik.

Der Haushaltsminister informiert die Regierung regelmäßig über die Finanz- und Haushaltssituation sowie über die Perspektiven der Haushaltsausführung.